

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle:
Tageblatt Riesa,
Germann Nr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beförderlich bestimmte Blatt.

Postfach:
Riesa 1888,
Strolasche
Riesa Nr. 22

Nr. 216:

Montag, 16. September 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Jahres 24 Mark. Die Abonnenten erhalten die Zeitungen zu Hause und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 von (auch) 1 von sechs Exemplaren (6 Seiten) 26 Gold-Pfennige; die 20 von sechs Exemplaren 100 Gold-Pfennige; zeitunabhängig und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Lasten. Dem Abnehmer bleibt vorbehalten, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeiträge sind nicht zu zahlen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Weiterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. E. Ziegler, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Vord Cecil's neuer Vorkopf.

Die kommenden Verhandlungen der Abrüstungskommissionen des Völkerbundes werden im Zeichen eines großen englischen Abrüstungsvorstoßes stehen, der, nach der ganzen Lage der Dinge, zu heftigen Auseinandersetzungen führen wird. Vord Robert Cecil's Antrag zielt einmal auf eine Beschleunigung der vorbereitenden Arbeiten für die allgemeine Abrüstungskonferenz ab und behandelt ferner eine Reihe von Punkten, wie z. B. die Frage der Miteinbeziehung der ausgebildeten Reserven und die Beschränkung der Art-Bestände, von denen bekannt ist, daß sie während des bisherigen Verlaufes der Verhandlungen vornehmlich auf französisches Betreiben so gut wie ignoriert worden sind. Die französische Delegation empfindet dieses Vorgehen der englischen Regierung bezeichnenderweise als einen Schlag ins Gesicht und bringt es natürlich auch mit der neuerlichen Umstellung der englischen Politik in Zusammenhang. Allerdings ist es nicht allein die Franzosen, die sich über den Antrag Vord Cecil's beunruhigt fühlen. Auch die der sogenannten „kleinen Entente“ angehörenden Mächte möchten die von Cecil gewünschte Debatte am liebsten vermeiden sehen. Insofern besitzt Frankreich in ihnen wertvolle Bundesgenossen, als deren markantester Kopf der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš anzusehen ist. Dieser macht jedenfalls bereits alle Anstrengungen, um die unerwünschte Einmischung Englands in die Verhandlungen unter jeder Bedingung zu hintertreiben. Es ist auch anzunehmen, daß die Franzosen von sich aus Schritte unternehmen werden, um eine gemeinsame Frontstellung der übrigen Mächte gegen England herbeizuführen. Diese Möglichkeit muß sehr wohl als eine politische Realität gewertet werden, da u. a. auch von Italien die von Vord Cecil angeregte internationale Kontrolle grundsätzlich abgelehnt wird. Es gibt eigentlich nur eine europäische Großmacht, die dem englischen Antrag ihre vorbehaltlose Unterstützung angedeihen lassen dürfte, und das ist Deutschland. Was die Haltung der Vereinigten Staaten anbelangt, so läßt sich etwas Bestimmtes kaum voraussagen. Man weiß nur, daß sie sich gegen eine zwangsmäßige Beschränkung des Militär-Budgets sträuben, doch wäre es bei ihnen in Anbetracht der englisch-amerikanischen Flottenvereinbarung immerhin eine gewisse Anpassung an die englischen Wünsche denkbar. Es kann aber nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß es wegen der Landabrüstung zu heftigen Zusammenstößen kommen wird, in deren Verlauf die immer rascher fortschreitende Entfremdung zwischen England und Frankreich noch mehr als bisher in Erscheinung treten dürfte.

Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung 1927.

Das Staatliche Reichsamt veröffentlicht die Hauptergebnisse der Einkommensteuerveranlagung für 1927. Aus dieser Statistik geht hervor, daß die Veranlagung für das Jahr 1927 4 015 713 Rücklagen anweist. Das sind 252 287 mehr Steuerpflichtige als im Jahre 1926 und 108 159 mehr als im Jahre 1925. Die vier Millionen Rücklagen sind mit einem Einkommen von 14,515 Milliarden RM. veranlagt. Hier ergibt sich ein Mehr von 1,868 Milliarden gegenüber 1926 und von 1,735 Milliarden gegenüber 1925. Auf den Kopf des Rücklagen entfielen im Jahre 1925 3 271 RM., im Jahre 1926 3 360 RM. und im Jahre 1927 3 614 RM. Einkommen. Zur Steuerzahlung wurden im Berichtsjahre nur 3 152 717 Personen herangezogen, d. h. 862 996 weniger als mit Einkommen veranlagt wurden. Auf den Kopf des steuerzahlenden Rücklagen entfielen 400 RM. festgesetzte Steuer. Das Steuereinkommen setzt sich aus acht Einkommensarten zusammen. Mengenmäßig überwiegen die Einkünfte aus Gewerbebetrieb mit 54,55 Prozent der Gesamteinkünfte. An zweiter Stelle stehen die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, die 13,48 Prozent des Gesamtbetrages ausmachen. 90,81 Prozent aller Veranlagten bezogen ein Einkommen bis 8000 RM. Auf sie entfallen jedoch nur 51,04 Prozent des Gesamteinkommens. Umgekehrt ist das Verhältnis für Einkommen über 50 000 RM., wo auf noch nicht ein halb Prozent aller Rücklagen 13,34 Prozent des Gesamteinkommens trifft. Bei einem Vergleich des Aufbaues des Einkommens von 1925 bis 1927 ist ein stetiger Rückgang des Anteils der unteren Einkommensgruppen gegenüber einem entsprechenden Ansteigen derjenigen der mittleren und oberen Einkommensgruppen zu beobachten. Beanspruchten im Jahre 1925 die Einkommen bis 8000 RM. noch 64,59 Prozent, 1926 58,87 Prozent des Einkommens, so sank dieser Prozentsatz im Jahre 1927 auf 51,04 Prozent.

Die Bemühungen

um die Beilegung des russisch-chinesischen Konflikts.
London. „Times“ meldet aus Schanghai: Nach einer Meldung aus Peking hat der chinesische Gesandte in Genf Wangtschungku Anweisung erhalten, sich nach Ablauf der Völkerbundtagung nach Berlin zu begeben, um dort eine Regelung des Konflikts mit Rußland herbeizuführen.

Die Regelung der Arbeitslosenversicherung.

(Frankfurt. Privatmeldung.) Die Frankfurter Zeitung meldet aus Berlin zu dem zwischen dem Reich und Preußen vereinbarten Kompromißvorschlag zur Regelung der Arbeitslosenversicherungsreform: Alle schwierigen Punkte über die Frage der Anwartschaft, der Saisonberufe, der Leistungen und der Beitragserhöhung bilden nunmehr einen besonderen Gesetzentwurf, beschriftet bis zum 31. März 1931. Erst zu diesem Zeitpunkt soll dann endgültig entschieden werden, in welcher Form auch diese Fragen für dauernd in das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hineingearbeitet werden können. Das Blatt gibt den neuen Gesetzentwurf im Wortlaut wieder. Der § 1 des Entwurfes heißt vor, daß Arbeitslose aus Berlin und Gemeinden, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit herrscht, die Unterhaltungsgröße der nächstniedrigen Lohnklasse erhalten. Nach § 2 dauert die Wartzeit bei Arbeitslosen der Lohnklassen 7 bis 11 drei, zwei oder eine Woche, je nach der Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen. § 4 bestimmt, daß der Beitrag zur Reichsanstalt für das Reichsgebiet einheitlich 2,5 v. H. des maßgebenden Arbeitsentgeltes beträgt. Nach § 5 ist für Saisonarbeiter der Beitrag zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung um 1 v. H. des maßgebenden Arbeitsentgeltes höher als der Beitrag, der im übrigen zur Reichsanstalt zu entrichten ist. Das Gesetz soll am 1. November 1929 in Kraft treten und gilt bis zum 31. März 1931. Gegenüber der ursprünglichen Regierungsvorlage, bei der ein Defizit von 47 Millionen geblieben war, kommt dieser neue Gesetzentwurf in seiner finanziellen Auswirkung zu einem aus Wehrmaßnahmen und Winderlösen zusammengefügten neuen Betrag von 41 Millionen. Da außerdem die ursprüngliche Regierungsvorlage Ersparnisse von 92 Millionen erzielt und die allgemeine Beitragserhöhung von

1/2 v. H. die Summe von 108 Millionen einbringt, so ergeben die beiden kombinierten Gesetzentwürfe zur Deckung des Gesamtdefizits von 279 Millionen den Betrag von 278 Millionen. Es bliebe also ein letzter Fehlbetrag von 8 Millionen, von dem man aber annimmt, daß er gleichfalls durch die Befestigung von Mikidanden noch abgedeckt werden kann.

Landgemeinden und Arbeitslosenversicherung.

Der Gesamtverband des Deutschen Landgemeindetages befaßte sich in einer Sitzung in Bielefeld u. a. mit den Fragen der Einheitssteuer für die Landwirtschaft und einer Reform der Arbeitslosenversicherung. Zu dieser Reform nahm der Gesamtverband des Deutschen Landgemeindetages einstimmig folgende Entschließung an: Der Deutsche Landgemeindetag erkennt die Notwendigkeit einer Reform der Arbeitslosenversicherung an, weil sich auf Grund des zur Zeit geltenden Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Mißstände gezeigt haben, die beseitigt werden müssen, und weil geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unvermeidbar sind. Insbesondere sind zur Beseitigung eines weiteren Mißbrauchs der Arbeitslosenversicherung die Fragen der verabschiedeten und unverschuldeten Arbeitslosigkeit, sowie der herabgesetzten Arbeitslosigkeit (Saisonarbeiter) in dem Abänderungsgesetz zu klären. Es darf jedoch nicht die Arbeitslosenversicherung zugunsten der gemeindlichen Finanzen entlastet werden. Die Folge einer derartigen Maßnahme könnte nur eine wesentliche Erhöhung der Reallohnern sein, während die Reichsregierung und die Landesregierungen mit Recht immer wieder betont haben, daß von ihnen keine Erhöhung, sondern im Gegenteil eine Senkung derselben zu erwarten ist.

Allmähliche Räumung des Rheinlandes.

Überführung der Rheinlandkommission nach Wiesbaden.

London. Nach einer Meldung der Daily News aus Koblenz wird die Rheinlandkommission am 5. November nach Wiesbaden übersiedeln.

Die Frage der Besetzung Wiesbadens mit französischen Truppen.

London. Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Meldung, es stehe die Besetzung Wiesbadens durch französische Regimenter bevor, richtig ist, veröffentlicht „Daily Express“ einen scharfen Artikel gegen die französische Politik. Das Blatt erinnert an die „Schwarze Schmach“ und an den Ruhrvermarsch und bezeichnet eine etwaige Wiederbesetzung Wiesbadens als eine völlige Verneinung des Geistes des Gauger Abkommens. Zum Schluß drückt das Blatt die Hoffnung aus, daß Briand diese Besetzung rückgängig machen werde. Der Wiesbadener Korrespondent des Blattes berichtet, durch die Mitteilung, daß französische Truppen die Stelle der abziehenden britischen Truppen einnehmen werden, sei eine schwierige Lage entstanden. Kriegminister Shaw habe dem Oberbefehlshaber der Rheinarmee, Sir William Thwaites, zu einer dringenden Konferenz über die Lage nach London berufen.

Französische Räumungsvorbereitungen.

Paris. (Tel Aviv.) Der Staatsanzeiger vom Sonntag veröffentlicht die Veränderungen für die Generalstabsoffiziere des 30. Armeekorps und der 18. Infanteriedivision, die zurzeit als Teile der Rheinarmee in Koblenz liegen und am 4. November aufgelöst werden sollen.

Die Räumung von Jülich.

Jülich. Am 16. September verließen zwei Bataillone des 8. belgischen Linien-Infanterieregiments die Stadt Jülich. Es bleiben noch ein Pionierbataillon und eine Gendarmarieabteilung bis zum 28. Oktober zurück. Bei einer Einwohnerzahl von 10 000 hatte Jülich mit einer Besatzungsziffer bis zu 4000 Mann die verhältnismäßig größte Besatzungsziffer des besetzten Gebietes überhaup. Durchschnittlich hat die Besatzung 10 Prozent des Wohnraums der Stadt beansprucht. Die offizielle Freigabe der Stadt erfolgt am 30. November zusammen mit der Freigabe der ganzen von den Belgiern besetzten zweiten Zone.

Die Rückkehr britischer Besatzungstruppen nach England.

London. Der erste Schub der aus dem Rheinland zurückkehrenden englischen Truppen wurde gestern abend bei seiner Ankunft in London von einer großen Menschenmenge begrüßt. Ein Soldat erklärte: „Wir verlebten in Deutschland eine schöne Zeit und bringen erfreuliche Erinnerungen zurück an die drei Jahre, die wir dort standen“. Ein anderer sagte: „Wir waren gar nicht so erpicht auf die Rückkehr; denn wir mögen die Deutschen gern leiden und die Deutschen hatten uns gern“.

„Zeppelin“ besucht morgen Berlin.

Landung in Staaten.

Der Start zur nächsten großen etwa 24 stündigen Deutschlandfahrt des Zeppelins findet laut „Montagspost“ am Dienstag in den frühen Morgenstunden zwischen 4 und 6 Uhr statt. Die Fahrt ist hauptsächlich dazu bestimmt, Hugo Eckener bei seiner Ankunft in Hamburg mit dem Luftschiff zu begrüßen.

Da in Hamburg mit dem Luftschiff nicht gelandet werden kann, wird Eckener sofort mit der Bahn nach Berlin weiterreisen. Das Luftschiff läßt ebenfalls nach Berlin

und wird hier landen. Von Berlin aus wird Eckener die Weiterreise nach Friedrichshafen mit dem Luftschiff machen.

Ende einer Zeppelin-Brieftaube.

Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus Pöffel, wurde im Dorfe Ebingen eine völlig erschöpfte Brieftaube aufgefunden, die trotz sorgfältiger Pflege verendete. Sie trug am linken Fuß einen Ring mit dem Aufdruck „Graf Zeppelin“. Es wurde festgestellt, daß es sich um eine Brieftaube handelt, die bei dem letzten Weltkuge des Luftschiffes über dem Ozean aufgelassen worden ist.